

wie ernsthafte sociale Reform bewahrt hat, die ihn zum Führer des national-liberalen arbeitereindlichen Unternehmertums der rheinisch-westfälischen Großindustrie befähigt hat. —

Zollpolitische Ministerkonferenz. In einer Besprechung zollpolitischer Angelegenheiten hat der Reichskanzler, nach der „Nordd. Allg. Ztg.“, die zuständigen Minister Preußens, Bayerns, Sachsens, Württemberg, Badens und Hessens zum 4. Juni nach Berlin eingeladen.

Der Kaiser und die Boeren. Nach der „Nöln. Volksztg.“ erzählt man in hochgestellten Kreisen von einer außerordentlich scharfen Antwort, die der Kaiser dem Pastor v. Wedelschwing in Bethel bei Dörfel gegeben habe, als dieser sich erlaubte, ihn auf die boerenfreundliche Stimmung der Bevölkerung aufmerksam zu machen. —

Ein unerfährlicher Verlust. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, verlautet in Dresdener politischen Kreisen, der erste Vizepräsident des deutschen Reichstags, Abgeordneter Dr. v. Frege, habe vor kurzem im Privatgespräch die bestimmte Absicht bekundet, sein Reichstagsmandat in nächster Zeit niederzulegen.

— Einen ihrer Würdigeren wird die konservative Partei niemals wieder finden. —

Stöcker-Vech. Die Konservativen haben ihre Brennsteuer deshalb befalliglich verloren, weil dem Reichstag eine Stimme an der Beschlußfähigkeit fehlte. In den Reichstagsgebäude in erster Linie der Abg. Stöcker, der verspätet zur zweiten namentlichen Abstimmung eintraf. Jetzt wird Stöcker damit entschuldigt, daß er das Genuß einer dringenden Amtshandlung wegen habe verlassen müssen, die er nicht hatte rechtzeitig abgeben können, weil das Telephon — Obstruktion trieb.

So wurde es dem Gottesmann unmöglich, die Brennsteuer durchzusetzen und die heilige Amtshandlung im Stiche zu lassen. —

Gegen den Brotwucher. Aus Köln wird uns geschrieben: Der hier seine Jahresversammlung abhaltende rheinisch-westfälische Zweigverband des Verbandes deutscher Müller nahm auch Stellung zu den neuen Handelsverträgen und der Frage des Getreides, Mehl- und Kleingolles. Der Hauptredner, Dr. Eichler aus Düsseldorf, führte aus, daß die deutsche Mühlenindustrie bei einer Erhöhung der Getreidezölle einer Verengung der Unbegünstigten ihrer Lage anheimfallen würde, da die Einfuhr fremden Getreides unter allen Umständen zur Vermischung mit einheimischem Getreide erforderlich sei, da sonst nicht die zur rationellen Verwertung nötige Durchschnittsbreite erzielt werde. Dazu komme, daß die deutsche Mühlenindustrie zweifellos mit vermehrten Ausfuhrschwierigkeiten zu rechnen haben werde, weshalb sie um so mehr eines aufnahmefähigen verstärkten Inlandverbrauchs bedürfte. Der letztere könne ihr aber nur dadurch dauernd erschlossen werden, daß die große Masse der Industriebevölkerung auf dem entsprechenden Niveau des sozialen Fortschritts erhalten bleibe. Nach allen bisherigen Erfahrungen sei zudem von einer Erhöhung der Getreidezölle keine Förderung der deutschen Landwirtschaft in dem Sinne zu erwarten, daß ein gleichzeitiger Anstieg der Mühlenindustrie davon zu erhoffen wäre. — Nach einer Besprechung des Gegenstands sprach sich die Jahresversammlung einstimmig gegen jede Erhöhung der Getreidezölle aus.

Ein charakteristischer Majestätsbeleidigungs-Prozess wurde vor dem Hamburger Landgericht, wie uns von dort geschrieben wird, verhandelt. Im Herbst 1898 wurde der Gelegenheitsarbeiter Karl Friedrich Amandus Franke vom Landgericht I in Berlin wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Es war für schlecht gegangen, und um schließlich von der Landstraße zu kommen, hatte er in einem Postkasten ein Schreiben gefickt, das eine Reihe Majestätsbeleidigungen enthielt und mit seinem vollen Namen unterzeichnet war. Die Postverwaltung sandte das abrensenlose und nicht-convertierte Schreiben der Staatsanwaltschaft und diese erhob dann Klage, die mit obigem Urteil endete. Als er am 28. November aus Wismar entlassen war, wanderte er nach Hamburg. Hier legte er seinen ganzen Arbeitsverdienst, den er aus dem Gefängnis mitbekommen hatte, in Stämmel an, und als der letzte Stämmel verstrichen war, schrieb er einen Brief an die Berliner Staatsanwaltschaft, der wieder verschiedene recht alberne Majestätsbeleidigungen enthielt und mit seinem vollen Namen unterzeichnet war. Da er kein Geld mehr hatte, sandte er den Brief unfrankiert ab. Die Folge dieser Schreiberei war natürlich die abermalige Einleitung eines Verfahrens wegen Majestätsbeleidigung. Nach längerem Suchen fand man ihn und zog ihn gefänglich ein.

Als er am 9. März zum erstenmale in der Sache vernommen war, setzte er sich in Untersuchungsgefängnis sofort hin und schrieb nochmals einen Brief an die Berliner Staatsanwaltschaft, der mit seinem Namen unterzeichnet war und mehrere Majestätsbeleidigungen enthielt. Das ging dem Berliner Oberstaatsanwalt über die Gutschnur, der in einem Schreiben an den Hamburger Kollegen die Ansicht aussprach, Fr. müsse wohl geisteskrank sein. Ein Psychiater hat den Angeklagten darauf untersucht, aber keine Spuren von Geisteskrankheit finden können. Allerdings sei der Angeklagte, meinte der Psychiater, durch Trunk und Rabagabondage sehr herabgekommen. Einen Grund für seine Schreiberei wußte Fr. nicht anzugeben. Der Referent, ein sehr junger Landrichter Dr. Henschel, schien sich aber seine eigenen Gedanken über die Gründe zu machen, denn er richtete an den Angeklagten die Frage: ob er socialdemokratischer Agitator sei, was natürlich verneint wurde. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Eine Typhusepidemie herrscht in der rheinischen Garnisonstadt Ehrenbreitstein. Man vermutet, daß sie auf die vorjährige militärische Epidemie zurückzuführen sei. Die Bürgerchaft ist in großer Erregung, und fast allgemein wurde die Schließung der Schulen gefordert. Mehrere Fälle sind tödlich verlaufen. Die wiederholte Untersuchung des Trinkwassers soll nichts Ungünstiges ergeben haben. Unter der militärischen Besatzung wurden dieser Tage dreißig Erkrankungen, darunter ein Offizier, verzeichnet. Auch hier sind Todesfälle vorgekommen. Die Militärbehörde hat familiären Soldaten den Besuch der Wälder, Fleischer-, Krämergeschäfte und der Wirtschaften untersagt. In der Stadt dürfen nur die Soldaten verkehren, die dienstlich dort zu thun haben. —

Zur wirtschaftlichen Lage.

An den deutschen Börsen zittert noch immer die Erregung über die New-Yorker Vorgänge nach. Man hält die Krisis noch nicht für abgeschlossen. Der Kampf, den die beiden feindlichen amerikanischen Kapitalistengruppen um den Besitz der Mehrheit der Aktien der Northern Pacific-Bahn und damit um den Besitz der Bahn selbst geführt haben, hat den ganzen Markt derart erschüttert, daß die Kämpfenden es für richtig hielten, schließlich eine Art Waffenstillstand zu schließen, damit nicht ihre eigenen Pläne in dem Zusammenbruch begraben würden. So kann also der Kampf jeden Augenblick von neuem ausbrechen und das hält den Markt in lähmender Erwartung.

Derweilen verläßt das amerikanische Großkapital seinen Plänen immer größere Ausdehnung zu geben. Diese ungekrönten Könige des Dollars verdrängen allen Eufros ihre wirtschaftliche Macht auf Europa auszudehnen und es ist hier wiederum vor allen Dingen Deutschland, auf das sie ihr Augenmerk richten. Zur Zeit weilen hier als Abgesandte des amerikanischen Kapitals Herr Pierpont Morgan, von der übermächtigen Morgan-Hill-Gruppe und Herr Frank Vanderly von der New-Yorker City-Rationalbank. Neben der Errichtung von Bankfilialen in Berlin und London, zwecks größerer Abflusses europäischer Geldgeschäfte. Es werden aber auch noch andre Pläne ventiliert. Die Hamburg-Amerika-Linie hat die in den westindischen

Gewässern verkehrende Atlas-Linie aufgekauft. Jetzt weiß das Gerücht zu melden, der zur Zeit in dem schwizerischen Badort Vig le Bains weilende Morgan unterhandelt, um die großen deutschen Schiffahrtsunternehmungen: Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutscher Lloyd in einem von den amerikanischen Kapitalisten seit langem projektierten großen Trust transatlantischer Dampfschiff-Gesellschaften hineinzuziehen. Weiter verlautet, daß zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Kaiserin Topela and Santa Fe-Bahn verhandelt werde wegen der Schaffung einer direkten Wasser- und Landtransport-Linie von Hamburg via New York-San Francisco nach Shanghai. Zwar werden diese Meldungen von der beteiligten deutschen Seite immer wieder dementiert, doch zeugen sie von der Zuversichtlichkeit, mit der die Amerikaner sich in Deutschland und Europa auf Geschäfte größten Stils fügen wollen.

Währenddem kommen vom deutschen Markte Nachrichten, die zeigen, daß bei uns an einen Aufschwung für geraume Zeit hinaus, nicht zu denken ist. Die Lage der lothringischen und der luxemburgischen Eisenindustrie wird in den düstersten Farben gezeichnet. Trotz einer seit Monaten in Kraft befindlichen 20prozentigen Produktionsbeschränkung wird der Vorrat an Roheisen immer größer. Auch in Rheinland und Westfalen wird über zunehmende Ansammlung von Eisenlagern geklagt. Das Coalsyndikat will die bestehende 20prozentige Produktionsbeschränkung demnächst erhöhen. Aus Breslau wird vom ober-schlesischen Kohlenmarkt gemeldet, daß in der ersten Hälfte die Kohlenverladung andauernd nachgelassen hat. Es wurden in dieser Periode nur 74 300 Wagen gegen 75 803 im gleichen Zeitraum des Vorjahres verladen oder pro Förderart 5722 Wagen gegen 5886 in gleicher Zeit des Vorjahres. Der eben mitgeteilte Aprilverlauf des Westfälischen Coalsyndikats zeigt ebenfalls ein starkes Nachlassen. Der Versand betrug bloß 596 571 Tonnen gegen 639 718 Tonnen im März. Die Kohlen lassen allerdings von der sehnlichst erwarteten Besserung der Lage nichts verspüren. —

Die „Neue Zeit“ sagt gelegentlich einer Erörterung über französische Angelegenheiten:

„Bis jetzt werden wenigstens diese vernichtenden Enthüllungen eines bürgerlichen Exministers jenen freiwilligen Anwalt Milerands etwas erheitern, der neulich im „Vorwärts“ sich in seinem Eifer so weit hinreißt, erst die Antwort Jaurets auf die Erklärungen Baillants sofort abzurufen, während von den Baillantischen Erklärungen, die bereits im Februar erschienen waren, auch nicht mit einem Worte im „Vorwärts“ Notiz genommen wurde, sobald die Duplik Baillants in veräuselter Form und mit unberufenen Kommentaren abzurufen, so daß sie gegen die eignen Behauptungen Baillants zeugen sollte. Hoffentlich wissen unsere Freunde in Frankreich, daß solche Entgleisungen mehr mit der schlechtesten Informiertheit Einzelner und durchaus nicht mit dem Meinungen unserer Partei über die französischen Verhältnisse zusammenhängen.“

Der Vorwurf der „Neuen Zeit“, wir hätten die Baillantischen Erklärungen vom Februar verabsäumt mitzuteilen, ist gänzlich unberechtigt. Die damaligen Erklärungen Baillants richteten sich gegen einen Artikel des Gen. Ballmar in den „Socialistischen Monatsheften“, dessen wir keinerlei Erwähnung gethan hatten, so daß wir auch der Verpflichtung überhoben waren, von Baillants Antwort Mitteilung zu machen. Erst der Brief Baillants, den Jaurets wortgetreu abdruckte, und der das erste dokumentarische Material zur Frage der Stellung Baillants beim Eintritt Milerands in das Ministerium bildete, verpflichtete uns, unsere Leser mit der Angelegenheit zu befragen.

Unrichtig ist gleichfalls das Urteil der „N. Ztg.“ über eine angebliche Verstimmlung der Duplik Baillants. Wir haben diese Duplik des Genossen Baillants in voller Lokalität wiedergegeben, wobei es nicht unsere Schuld ist, wenn die Haltung Baillants in der Ministerfrage widerspruchsvoll erscheint.

Ferner bedeutet die Warnung der „N. Z.“ an die französischen Freunde, unsere Auffassung über die vorliegende Angelegenheit als „Meinung unserer Partei“ anzusehen, sicherlich eine völlig unnötige Belehrung. Unsere Freunde in Frankreich wissen ohne Zweifel, daß die Redaktion des „Vorwärts“ nur ihre eigene Meinung wiedergibt, daß aber für jede einzelne ihrer Meinungsäußerungen die Socialdemokratische Partei Deutschlands ebenso wenig verantwortlich zu machen ist wie für alle Meinungsäußerungen der „Neuen Zeit“.

Schließlich hätte die sehr verehrte „Neue Zeit“ in der Summierung von „Entgleisungen“ unsererseits einige Zurückhaltung beobachten sollen, inwiefern sie gerade in der Behandlung der neueren französischen Parteigeschehnisse nicht geringen Irrungen verfallen war.

Immerhin — um Mißverständnisse zu meiden —, wenn auch in der Beurteilung mehr persönlicher und untergeordneter Fragen der französischen Parteiverhältnisse unter den deutschen Socialdemokraten einige Meinungsverschiedenheiten herrschen, teilt der „Vorwärts“ mit der „Neuen Zeit“ die in der bekannten Pariser Resolution ausdrücklich unabweisbar niedergelegte grundsätzliche Anschauung zur Ministerfrage. —

Ausland.

Norwegen.

Der 17. Mai, das norwegische Verfassungsfest, wurde in diesem Jahre mit besonderer Feierlichkeit und unter zahlreicher Beteiligung begangen. Einen Glanzpunkt der offiziellen Feier bildete die Enthüllung des Denkmals Lortenskjöld, des norwegischen Nationalhelden, woran sich auch der Kronprinz beteiligte, der mit schwachen Durcharufen begrüßt wurde. Die organisierten Arbeiter bildeten in dem großen Festzuge einen besonderen Zug, an dem sich 52 Vereine mit ca. 4000 Personen beteiligten. Auf Wahl-Platz sprachen von 4 Rednerstühlen Chr. Raude, Rilsen, Jansen und Johnson über die praktische Politik der Arbeiter und über den Socialismus. Auch die Frauen bildeten einen besonderen Zug mit 15 Vereinen und 1800 bis 2000 Teilnehmerinnen. Ihre Rednerin, Fr. Gollen, wies auf den Odelstings-Beschluß vom 10. Mai hin und sagte: am 18. Mai würde das Lagting das Frauenstimmrecht gesetzlich festlegen. Das war leider eine Täuschung.

Das Lagting hat dem Gesetzentwurf über das kommunale Stimmrecht seine Zustimmung mit 16 gegen 13 Stimmen besagt. Es war ein Vertreter der demokratischen Linken, der sich besonders eifrig gegen den Entwurf wandte. Mit diesem Beschluß des Lagtings ist das Gesetz freilich nicht endgültig abgelehnt. Es geht nun zurück an das Odelsting und es kommt dann darauf an, ob es den Reaktionen durch ihre Maulwurfsarbeit gelingt, es dort zu begraben. —

Frankreich.

Das Alterspensions-Gesetz, das jetzt der französischen Kammer vorliegt, enthält folgende Grundbestimmungen. Wie wir schon kurz mitgeteilt hatten, erstreckt es sich auf alle Arbeiter und Angestellten der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft; etwa 10 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen werden unter dieses Gesetz fallen, denn nur die Angestellten, die über 4000 Fr. Jahreseinkommen haben, sind davon ausgenommen.

Jeder Arbeiter z. B. unter 65 Jahre ist gehalten, Beiträge an die Nationalkasse abzuführen und zwar sind folgende Klassen vorgesehen: Personen unter 18 Jahren und solche, deren täglicher Verdienst 2 Fr. nicht übersteigt, zahlen 5 Cts. für jeden Arbeitstag. Personen von 18 Jahren und einem Tagesverdienst von wenigstens 2—5 Fr. pro Tag entrichten 10 Cts. pro Arbeitstag. 15 Cent. pro Arbeitstag leisten diejenigen Personen, welche 5 Fr. und mehr pro Tag verdienen. Die Einziehung der Beiträge hat durch den Unternehmer zu geschehen; dieser hat für jeden seiner Arbeiter die gleiche Summe beizusteuern, als dieser selbst. Der Staat leistet nur eine Jinsgarantie von 8 Proz. für die durch das Gesetz zur Verfügung gelangenden Gelder.

Mit zurückgelegtem 65. Lebensjahre erhält nach 30jährigem Steuern die erste Klasse 185 Fr., die zweite 370 Fr. und die dritte

Klasse 555 Fr. Rente pro Jahr. Dieselben, welche schon vor dem 65. Lebensjahre zu Invaliden werden, und solche, die infolge von Krankheit, Gebrechlichkeit nicht mehr als ein Drittel ihres ehemaligen Lohnes verdienen können, erhalten eine Rente je nach Verhältnis ihrer gemachten Einzahlungen. In Fällen, wo die solchen Personen zustehende Rente nicht 200 Fr. erreicht, schießt der Staat eine Summe zu, so daß die Gesamtsumme im Minimum 200 Fr. beträgt. Auch für diejenigen, welche in wenigen Jahren schon das 65. Lebensjahr erreicht haben werden, ohne daß sie die Karenzzeit durchmachen konnten, springt der Staat mit einem Zuschuß ein, so zwar, daß diese Pensionäre 100—180 Fr. erhalten werden. Ferner werden von Staatswegen für diejenigen, welche schon beim Inkrafttreten des Gesetzes das 65. Lebensjahr erreicht haben, 15 Millionen Frank jährlich ausgeworfen und unter die Betroffenen zu gleichen Teilen verteilt; man rechnet mit über 800 000 solcher Personen.

Das Gesetz kommt nur französischen Arbeitern zu gute, Ausländer sind davon ausgeschlossen; jedoch hat der Unternehmer (nicht aber der betreffende Arbeiter) für jeden bei ihm beschäftigten ausländischen Arbeiter, ohne Rücksicht auf dessen Alter und dessen Verdienst pro Arbeitstag 25 Cts. beizusteuern.

Ungewöhnliche Zahlungen, Forderungen, die an die Nationalkasse einzureichenden Listen und Verträge zc. seitens der Unternehmer werden mit 500 bis 5000 Fr. bestraft; außerdem hat der überführte Unternehmer das Dreifache der hinterzogenen Summe zu zahlen. —

Spanien.

Die Wahlen.

Die am Sonntag stattfanden, haben, wie nicht anders zu erwarten war, dem liberalen Ministerium Sagasta eine Mehrheit gebracht. Allerdings ist erst das Resultat von 400 Wahlkreisen bekannt, während im ganzen 432 Abgeordnete zu wählen sind.

Nach den bisher bekannten Resultaten sind für die Kammer der Abgeordneten gewählt: 280 Liberale, 70 Konservative, 15 konservative Dissidenten, 18 liberale Dissidenten, 15 Republikaner, 6 Karlisten, 10 Mitglieder der nationalen Vereinigung, 4 Katafonier, 1 Socialist, 21 Unabhängige und 10 Anhänger Romeros. In Madrid selbst wurden 8 Ministerielle, ein Konservativer und ein Mitglied der nationalen Vereinigung gewählt.

Von der Erbitterung des Wahlkampfes zeugen die Opfer, die derselbe gekostet hat. Nicht nur gab es eine ganze Reihe von Verwundeten, sondern sogar mehrere Tote. In Barcelona wurde eine Person getötet, mehrere andre erlitten Verwundungen. Auch in Bilbao, wo Genosse Iglesias kandidierte und der Wahlkampf ein besonders heftiger war, stößt Blut. Bei einem Streit zwischen einem Socialisten und einem Ministeriellen wurde der Socialist getötet. Auch in der Vorstadt Puerto entstanden Unruhen, bei denen eine Person ums Leben kam.

Ferner wurde in Salamanca eine Person verwundet, in Sevilla zwei; ebenso erlitten in Almedralejo mehrere Personen Verletzungen; auch in La Puebla, in der Provinz Badajoz, in Binaroz und Valencia entstanden Aufrührungen; mehrere Personen wurden verhaftet.

Die Auslandsbewegung unter den ländlichen Arbeitern in Andalusien nimmt, so meldet das Volkische Depechenreau vom 19. Mai aus Madrid, einen beunruhigenden Charakter an. In Igualada kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Ausländern und Arbeitenden. Die Gendarmen wurden zusammengezogen. —

Türkei.

Der Postkonflikt bildet noch immer den Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen zwischen der Türkei und den Wächtern, resp. zwischen den einzelnen Kabinetten der letzteren. Vom Sonntag wird noch aus Konstantinopel gemeldet: Der Generaldirektor der türkischen Posten und Telegraphen richtete heute an die Direktoren der fremden Postanstalten ein Circulartelegramm, in welchem er mitteilt, daß infolge Auftrags von heute ab bis zur Beendigung der Beratungen über Aufhebung der fremden Postanstalten Postsendungen der fremden Postanstalten wie früher durch Beamte der türkischen Postverwaltung expediert werden. —

Ufen.

Die japanische Kabinettsbildung verzögert sich durch den Umstand, daß der vom Kaiser mit dieser Aufgabe betraute Marquis Inouhe keiner politischen Partei angehört. Es gilt als sicher, daß ein Kabinet, das nicht die Unterthütung einer der Parteien des Parlaments hat, sich keine Session des letzteren hindurch am Leben erhalten kann. Inzwischen werden die täglichen Besprechungen von Staatsmännern im Hause des Grafen Ito fortgesetzt. —

Der Boeren-Krieg.

Gesche bei Ermelo.

Aus Standerton wird vom 18. Mai gemeldet: Die Boeren haben zwischen Amersfoort und Ermelo die Kolonne des Generals Bullod dreimal angegriffen. Sie verfügten über einen Zwölfpfünder, zwei Bombengeschütze und ein Maxim-Geschütz. Es wurde jeder Versuch gemacht, diese Geschütze wegzunehmen, allein dies gelang nicht. Schließlich wandten sich die Boeren über Ermelo nach Carolina. Louis Botha verließ mit der Garnison und seinen Offizieren Ermelo am 15. Mai und wandte sich ostwärts. General Bullod trieb hierauf die Einwohner Ermelos aus der Stadt. Kaum hatten die englischen Truppen die Stadt verlassen, so tauchten die Boeren wieder auf und durchdrangen die Stadt nach Burgbers, welche sich etwa erheben haben konnten. General Elliot hatte im Laufe der Woche 4000 Pferde und Vieh wie auch viele Boerenfamilien nach Standerton geschickt.

Der Gefechtsbericht ist wieder einmal von idealer Wertvorstellung. Die Boeren befanden sich also in der Offensive und führten — obwohl ihnen unlangst das letzte Geschütz abgenommen worden sein sollte — nicht weniger als vier Geschütze mit sich. Die Gefechte scheinen unentschieden abgebrochen worden zu sein, jedenfalls wurden alle englischen Versuche, sich der Boerengeschütze zu bemächtigen, zurückgewiesen. Die Boeren zogen schließlich nach zwei Richtungen ab, ein Teil nördlich nach Carolina, ein anderer Teil unter Louis Botha ostlich, General Bullod fühlte sich am Abend zu schwach, um an eine Verfolgung zu denken, er schickte sein Mätkchen an den feindlichen Einwohnern Ermelos. Sonderbarerweise räumte der englische General schamlos wieder Ermelo, das soeben wieder von den Boeren besetzt wurde. Sollten die Boeren den General Bullod vielleicht mit lauemten Proonge zur Räumung Ermelos veranlaßt haben?

Nach einer Meldung der „Times“ besetzten am 17. Mai englische Truppen Carolina — zum fünftenmal. Botha befindet sich in Ermelo. Als Erfolg können diese englischen Operationen bei Ermelo und Carolina jedenfalls nicht angesehen werden. Ferner beweist das Vorhandensein so vieler und starker englischer Kolonnen gegenüber zur Offensive übergehender Boerenkommandos im Osten Transvaals, wie gänzlich erfolglos die Säuberungsoperationen des Generals French in diesem Teile des Landes gewesen sind.

Zum Entgleiten gebrachter Panzerzug.

Lord Kitchener meldet vom 18. d. M. aus Pretoria: Im Süden der Eisenbahnstation Amerika, nördlich von Kroonstad, wurde ein gepanzertes Zug durch Explosion einer Mine zum Entgleiten gebracht. Ein englischer Major wurde getötet.

Die Pommerische Hofbank.

Als die Spielbanken verkrachten, richtete sich alsbald die Aufmerksamkeit auf die Pommerische Hypothekbank mit ihren Ablegern, der Mecklenburg-Strelitzer Hypothekbank und der Immobilien-Verkehrsbank. Diese drei Aktiengesellschaften gehören mit zum Hof- und Kirchenbank-Konglomerat; mit der Verhaftung der Direktoren der Pommerischen Bank ist nun dieser ganze Kringel mit Ausnahme der Direktoren der beiden Ablegergesellschaften in Haft.

Gerade die Pommerische Hypothekbank ist die eigentliche Hofbank; sie führt diesen Titel offiziell — Hofbank Ihrer Majestät der Kaiserin —, er wurde ihr im vorigen Jahre verliehen und in ihren Geschäftsberichten weidlich zur Anpreisung benutzt. Wir haben neulich darauf hingewiesen, daß die Bank es für ihre Aufgabe hält, die bankrotten Anstalten des Pastors Paulsen in Kroypp täglich mit 300 M. zu unterhalten. Kroypp liegt in der Heimatprovinz der Kaiserin. Der fromme und hässliche Geschäftsbetrieb hat die Direktoren nicht vor der Verhaftung schützen können. Man weiß noch nicht, was den Verhafteten zur Last gelegt wird. Es heißt, daß die Bücher der Tochtergesellschaft — der Immobilien-Verkehrsbank, die in Berlin für 40 Millionen Mark Grundstücke besitzt — kürzlich in der Pommerischen Hypothekbank abgeschrieben und bei der Gelegenheit gefälscht seien. Das ist aber deshalb unwahrscheinlich, weil der Direktor der Immobilien-Verkehrsbank nicht verhaftet ist. Man muß deshalb annehmen, daß den Verhafteten Verhöre gegen das Aktiengesetz oder das Hypothekbank-Gesetz zur Last gelegt werden, wenn es sich nicht etwa um Buch- und Bilanzfälschung in der Pommerischen Hypothekbank selber handelt. Am Mittwoch findet in Stettin die Generalversammlung der Strelitzer Hypothekbank statt, die im Jahre 1898 von der Pommerischen gegründet wurde, um die Preussischen Normativbestimmungen, welche die Hergabe von Baugeldern unterliegen, zu umgehen; das ganze Geschäft der Strelitzer Bank liegt in Berlin; in Mecklenburg ist nicht eine einzige Filiale gemacht. Die Pommerische Hypothekbank erklärt in ihrem am Sonnabend ausgegebenen Bericht, daß der Landwirtschaftsminister sich mit der Gründung dieser Ablegerbank einverstanden erklärt habe. Lasker hat bekanntlich die Börse als Hochschule zur Umgehung der Gesetze bezeichnet. Wir haben im Hypothekentrag keine Proben dieser Kunst erlebt, zu denen dann die Behörden ihren Segen geben müssen. Der eben erwähnte Fall schließt sich diesen Proben würdig an.

Die Pommerische Hypothekbank hat schon einigemal vor dem Straß gestanden; sie war von Anfang an schlecht geleitet; erst seit dem Jahre 1890, nachdem die Immobilien-Verkehrsbank gegründet und diesem Ableger der Grundbesitz der Pommerischen aufgeladen war, ist in das Geschäft der letzteren Stillsitz gekommen. Die Aktien dieser Ablegergesellschaft waren ehemals in den Händen des Direktors Schulz, der jetzt verhaftet ist, und des Direktors der Grundschuldbank, Barfing, der seiner Zeit mit Sanden verhaftet wurde und der ein Geständnis abgelegt haben soll. Inzwischen sind mannigfache Schiebungen mit jenen Aktien geschehen, und die Pommerische Bank behauptet, daß sie und ihre Direktoren nichts mehr mit den Aktien zu thun haben. Bei der Immobilien-Verkehrsbank ist Rechtsanwalt Wundel Vorsitzender des Aufsichtsrats, zugleich auch Justizrat der Pommerischen Bank, in deren Aufsichtsrat sein Vater, der Abg. Justizrat Wundel sitzt.

Die Pommerische Hypothekbank hat Anfang Januar eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich über die Restrukturierung beschwerte. Es war von Seiten mehrerer Hypothekbanken damals eine Kündigung erlassen, in welcher diese Banken mitteilten, daß sie ihnen streng nach den Gesetzen verfahren werde, und daß sie in keiner Beziehung mit Grundbesitzern oder Gesellschaften etc. ständen. Unter dieser Erklärung fehlten die Pommerische und die Strelitzer Bank. Die letztere behauptete, daß sie von den Konkurrentenbanken geschildert übergegangen sei, und daß eine Verschönerung zu ihrem Ruhm bestehe, daß insbesondere Anfang November in großem Umfange Blankoverkäufe in ihren Pfandbriefen stattgefunden hätten. Sie habe gegenüber diesem Ansturm, nachdem sie für 47 Millionen Mark Pfandbriefe bereingekommen, es aufgeben müssen, den Kurs ihrer Papiere zu halten. Dieser Kurs ist inzwischen fast so weit gesunken wie derjenige der Preussischen Hypothekbank.

Der Geschäftsbericht der Pommerischen Bank ist zwar nicht hinreichend klar, um einen genauen Einblick in die Lage der Bank zu gewähren. Inbessende geht aus ihm doch so viel hervor, daß diese Lage immerhin nicht derjenigen der Sanden-Banken ähnele. Dem Pfandbriefsumlauf von rund 180 1/2 Millionen stehen Deckungshypotheken von 191 1/2 Millionen gegenüber und noch weitere 19 1/2 Millionen, die noch nicht an den Kreisläufer gegeben, zum Teil (8 1/2 Mill.) auch nicht zur Deckung geeignet sind, weil sie über die 60 Proz. Deckungsgrenze hinausgehen. Die Deckungshypotheken sind von der staatlichen Kommission nachgeprüft, ihr Bericht liegt noch nicht vor; der Wanderrat aber teilt mit, daß auch die Direktion eine Nachprüfung durch vier bisher nicht für die Bank thätig gewesene Sachverständige hat vornehmen lassen, und daß diese Ratoren die Deckungstaxen mit wenigen Ausnahmen gutgeheißen haben. Selbst wenn dieses Urteil zu günstig sein sollte, ist doch kaum zu erwarten, daß für die Pfandbriefbesitzer ein wesentlicher Verlust entstehen kann.

Schlimm liegen die Verhältnisse allerdings bei der Strelitzer Bank. Der Schutzablaß der Pommerischen. Sie hat ihren Pfandbriefsumlauf von nahezu 26 Millionen durch 27 1/2 Millionen Hypotheken gedeckt, von denen aber nur 5 Millionen auf Häusern, dagegen 22 1/2 Millionen auf unbauten Grundstücken ruhen. In einer amtlichen Bekanntmachung der mecklenburgischen Behörde aus dem Februar heißt es aber, daß „nennenswerte Ausfälle in keinem Falle zu befürchten“ seien.

Treuhand bei der Pommerischen Bank ist ein Vorstandsmitglied der Central-Genossenschaftsliste Dr. Heßberger. Diese Kasse hat in den ersten Wochen, als die Pommerische Bank ihre Pfandbriefe ausgereicht, dieser Bank mit Geld ausgeholfen. Später hat letztere aber mit großen Opfern und Verlusten Hypotheken verpfändet und verlaufen müssen. Darauf ist es zurückzuführen, daß der Gewinn des letzten Jahres am Schluß des Jahres aufgezehrt war und nur durch Buchung eines Disagio-Gewinns an den hereingekommenen (unter pari zurückgekauften) Pfandbriefen ein Verlust in der Bilanz vermieden ist.

Als eine zweifelhafte Hypothek war die Beleihung eines Warenhauses (Zieg) mit Millionen bezeichnet worden. Der Geschäftsbericht der Pommerischen Bank erklärt, daß die Höhe dieser Beleihung nicht einmal den von Zieg für den Bauplatz gezahlten Preis erreichte, und daß die Zinsen immer pünktlich bezahlt seien.

Neuere Nachrichten lassen erkennen, daß der Bericht der Pommerischen Bank allerdings viel zu günstig gewesen ist. Die Festnahme der beiden Direktoren ist als Folge eines Verdicts anzusehen, den eine von behördlicher Seite eingesetzte Revisionskommission der Staatsanwaltschaft erstattet hat. Die Kommission hatte bei einer unvermuteten Revision durch Einsichtnahme in die Geschäftsbücher festgestellt, daß von dieser eine ganze Anzahl von Grundstücken zu hoch beliehen waren, so daß die gegebenen Unterlagen dem Wert der Pfandbriefe nicht mehr entsprachen.

Die verhafteten Direktoren sind sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden, und dieser hat den Haftbefehl bestätigt. Die Untersuchung dürfte sich sehr langwierig gestalten, es liegt eine so große Menge Material vor, daß Wochen vergehen dürften, bis eine Klärung der Sachlage zu gewärtigen ist.

Partei-Nachrichten.

Strafprozess Lütgenau. Dortmund, 17. Mai 1901. Vor dem Schöffengericht in Dortmund hatte sich, wie schon kurz mitgeteilt, am Freitag der Dr. Lütgenau wegen Betrug und Unterschlagung zu verantworten. Durch die Verhandlungen wurde festgestellt, daß L. im Jahre 1898 sich in Köln Kaufs Ladung von Zeugen im Ver-

selbungsprozess Mänter wider Genossen Hofrichter 98 M. hat auszahlen lassen — ohne aber dieses Geld zu dem bestimmten Zweck zu verwenden; er verwannte es für sich. Doch hiermit nicht genug. Mit dem Gelde in der Tasche reiste L. nach Bochum, verhandelte mit der Verwaltung des Schröder-Fonds über die Deckung der Prozesskosten. Auf Vorschlag des L. wurde beschlossen, die Kosten aus dem Schröder-Fonds zu decken. Kun ließ sich L. auch hier nochmals für sich 40 M. und für den Zeugen Ostkamp 10 M. auszahlen. Als dann einige Tage später der Prozess stattfand, sagte L. auch von der zweiten Gelderhebung nichts, obwohl er mit dem Zeugen Ostkamp zusammentraf, zahlte er diesem die 10 M. nicht aus. Das erste Vergehen charakterisierte sich als Betrug, das letztere als Unterschlagung.

Lütgenau suchte sich zu verteidigen mit der Behauptung, er habe die 98 M. zu dem bestimmten Zweck verwannt, er wisse nur nicht mehr, an wen er es ausbezahlt. Sodann suchte er glaubend zu machen, er sei eine von der Socialdemokratie verfolgte Unschuld.

Außer dem Verteidiger des Herrn Lütgenau plaidierte auch der — Anwalt auf Freisprechung. Dieser Anwalt, ein Herr v. Dewitz-Krebs, hielt eine Vernichtungsrede wider die Socialdemokratie. Lütgenau sei eine verfolgte Unschuld, die seitens der Socialdemokratie vernichtet werden sollte, weil er nicht mehr zu ihr schwöre. Den Zeugen sei keine Glaubwürdigkeit beizumessen — es seien Diffidenten. Der Eid solcher Leute, die an keinen Gott glauben, könne vor Gericht nicht als glaubwürdig gelten! —

Nach halbständiger Beratung verurteilte das Gericht folgendes Urteil: Lütgenau ist des Betrugs schuldig und wird mit zwei Wochen Gefängnis bestraft. Betreffs der Unterschlagung erkannte das Gericht auf Freisprechung. Wahrscheinlich, so heißt es in der Begründung, sei L. auch dieses Vergehens schuldig, jedoch sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß er den Zeugen Ostkamp damals noch nicht kannte und mochte die Zahlung vergessen haben. Sodann hob der Vorsitzende in scharfem Gegensatz zum Verteidiger und Anwalt hervor, daß das Vergehen Lütgenaus sich als ein sehr raffiniertes charakterisiere, gerade so wie er mit der Behauptung, er werde aus Rache verfolgt und er habe das Geld anderweitig ausgezahlt, in raffinierter Weise eine Schuld zu leugnen versucht habe. Die Zeugen darum, weil sie einer bestimmten Partei angehören, als unglaubwürdig gelten zu lassen, gehe nicht an; die Zeugen läge absolut nichts vor und habe ihre eidle Aussage als völlig einwandfrei und beweiskräftig zu gelten, bis das Gegenteil erbracht sei.

Dem Angeklagten konnten mildernde Umstände nicht zugebilligt werden, weil er nicht in Not gehandelt habe und weil er in so raffinierter Weise seine Schuld geleugnet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

56 Strafmandate, die im Verlaufe des Ausstands der Hiesigen Schuhmacher ergangen sind, zählt bis jetzt die Streikleitung, ohne daß damit noch ein weiteres Anwachsen des Strafcontos ausgeschlossen erscheint. Daneben schwebten einige Prozesse, die zum Teil schon erledigt sind und Verurteilungen auf Grund § 153 der Gewerbe-Ordnung zur Folge hatten. Ueber 1500 Mark werden auf diese Strafmandate eingefordert. Das Vergehen ist ohne Ausnahme das sogenannte Streikpostenstehen und wurde einheitlich fast immer mit 30 Mark pro Person bewertet. Vielfach geschah es, daß die Arbeiter der Befolgung des Beamten folgten und ihren Beobachtungsposten verließen, kehrten sie aber nach einiger Zeit nur in die Nähe der Fabrik zurück, so waren sie dem Schicksal verfallen und erhielten ihr Strafmandat. Die Organisation ist bei der Massenproduktion, die die Berliner Polizei auf dem Gebiete zu wege gebracht hat, in eine bedrückte Situation geraten. Bei dem Stand der heutigen Rechtsprechung ist in vielen Fällen auf eine Verurteilung auch an Gerichtsstätte zu rechnen, daneben Wunde allerdings in einigen Fällen gewiß mit Erfolg richterliche Entscheidung beantragt werden; aber immer bleiben die Kosten so beträchtlich, daß wohl zu erwägen ist, ob dieser Weg einzuschlagen empfehlenswert sei.

Das ganze Verfahren erinnert stark daran, daß auf diese Art eine Bestimmung des bestimmten Justizhausgesetzes sich in die moderne Rechtsprechung eingeschlichen hat. Das übliche Gesetz enthielt gegenüber dem jetzigen Zustand die klare Vorschrift, daß Postenstehen unter Strafe gestellt wird. Man darf wohl mit Recht darauf schließen, daß der Regierung damals die Anwendung der beschreibepolizeilichen Vorschriften auf das Streikpostenstehen etwas bedenklich vorkam, sonst hätte man nicht versucht, diese Bestimmung in das Justizhausgesetz einzufügen. In letzter Zeit ist nun eine vollkommene Umwälzung in der Rechtsprechung und der polizeilichen Praxis zu verzeichnen, die uns bezeugt, es geht auch ohne Justizhausgesetz. Es handelt nur so von Strafen wegen Streikpostenstehens. Jeder, auch der kleinste Streik, hat heute ein Polizei-Aufgebot vor der Fabrik zur Folge und sofort entsetzt im polizeilichen Sinne eine Verlethung, wenn ein Streikender sich in der Nähe der Fabrik sehen läßt. Gewiß ist es schwer, einen verständlichen Zusammenhang für diese Ansicht zu gewinnen, es kann doch nicht eine Person, die vor einem Hause auf- und abgeht, den Verkehr stören, im Gegenteil, das Polizei-Aufgebot vor einer Fabrik erregt nicht selten mehr Aufsehen und Störung als derjenige, der unaufrichtig beobachtet, wer zum Fabrikthor ein- und ausgeht. Jedoch unsere höchsten Gerichte sind anderer Meinung und bringen uns das Verständnis bei, wie Weisheit und Arbeit zu ihrem Recht gelangen. Das ist das einzig Gute, das wir aus jedem Uebel, welches der Arbeiterbewegung zugefügt wird, entnehmen, es hat auch seine guten Seiten und regt das Klassenbewußtsein der Arbeiter an. Je verständnisloser der Arbeiter vor den Entscheidungen moderner Rechtsprechung steht, je eher versucht er, die Ursachen dieser geheimnisvollen Entschlüsse zu ergründen, und kommt dabei immer zur richtigen Erkenntnis.

Der Vertrauensbruch der Berliner Schuhwaren-Fabrikanten. Wir hatten bereits berichtet, wie durch die stille Handhabung einer schwarzen Liste die Schuhwaren-Fabrikanten die Vereinbarungen gebrochen haben, die zur Beilegung des Ausstands getroffen. Das „Schuhmacher-Fachblatt“ fügt dem auch noch einige weitere Umgehungen hinzu, indem er zum Beweis dafür folgendes berichtet:

Wie aus den früheren Berichten über die Verhandlungen betreffs der Wiederaufnahme der Arbeit in den Fabriken hervorging, hatte der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes versichert, daß von Einführung reduzierter Lohnlisten nicht die Rede sein könne. Unter welcher Voraussetzung die Ausgesperrten die Wiederaufnahme der Arbeit beschloßen.

Als nun aber die Arbeiter der Firmen Nordheimer und Patrie die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wurde ihnen erklärt: „Ja, anfangen können Sie, jedoch müssen Sie sich mit einer reduzierten Lohnliste einverstanden erklären.“ Lohnabzüge wurden ferner durchgeführt bei der Firma Simon und bei einem Arbeiter der Firma Fürstenheim. Das war ein sänder Bruch der Abmachungen. Der Verbandsvorsitzende erklärte schließlich nach mehrmaligen Vorstellungen unerseits, in dieser Angelegenheit nicht machen zu können. Erst nach mehreren Tagen sandte man uns die zugesicherte Abschrift der in der Verhandlung vom 18. April festgelegten Abmachungen zu. Dieses Schreiben lautet folgendermaßen:

Wir haben davon Kenntnis genommen, daß die im Ausstand sich befindlichen Arbeiter die Arbeit unter den nachstehenden Bedingungen wieder aufnehmen wollen resp. aufgenommen haben:

1. Der Revers wird von den Arbeitgebern zurückgezogen.
2. Die Arbeit wird bedingungslos aufgenommen, dagegen sollen die bei der Firma Friedrich Erpel erhöhten Löhne bestehen bleiben, die Abzüge aber fallen gelassen werden. Bei der Firma P. Meind u. Co. tritt eine Teilsberichtigung von 0,12 M. anstatt wie bisher 0,10 M. pro Duzend ein.
3. Die Arbeiter sollen, soweit die Plätze noch frei sind, möglichst wieder eingestellt werden.
4. Maßregelungen finden nicht statt.

5. Die Einstellung der Arbeiter soll von ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei oder einem Verein nicht abhängig gemacht werden.

Wir behaupten nun, daß obige Punkte keineswegs das Ergebnis der Verhandlung vom 18. April darstellen. Dieses Nachwort ist zusammengebaut worden, um den Vertrauensbruch einigermassen rechtfertigen zu können. Durch das Hineinschieben der beiden Worte „bedingungslos“ und „möglichst“ wird ein anderer Sinn in die Abmachungen gelegt.

Die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, heißt einfach voraus, daß sich die Arbeiter bei Wiederaufnahme der Arbeit jeder Bedingung der Fabrikanten zu unterwerfen haben. Dann kann aber von besonderen, durch Verhandlung festgelegten Abmachungen keine Rede mehr sein, denn das Wort schließt ohne weiteres sämtliche besondere Abmachungen aus.

Mit keinem Worte ist den Arbeitern erklärt worden, daß die Wiederaufnahme der Arbeit von reduzierten Lohnlisten abhängig gemacht wird. Im Gegenteil wurde ausdrücklich erklärt, daß von der Einführung reduzierter Lohnlisten nicht die Rede sein könne, die alten Lohn- und Arbeitsbedingungen sollten bestehen bleiben. Und wenn man wirklich die Absicht hegte, die Löhne zu reduzieren, wie kommt man dann dazu, die Mitglieder der Kommission der Ausgesperrten der unwahren Verichterstattung zu beschuldigen, indem diese gesagt haben sollen, „die Arbeit solle zu reduzierten Lohnlisten aufgenommen werden“? Selten ist wohl von Seiten der Unternehmern mit größerer Skrupellosigkeit und Dreistigkeit gehandelt worden.

Ebenso verhält es sich mit dem Worte „möglichst“, wodurch der ganze 5. Passus überflüssig gemacht wird. Aber man brauchte auch dieses Wort, um die im weitesten Umfang stattgefundenen Maßregelungen rechtfertigen zu können.

In unserem vorigen Berichte sagten wir, daß die Unternehmer durch Anwendung der brutalsten Machtmittel einen traurigen Sieg errungen haben, heute fügen wir dem noch hinzu, daß die Unternehmer diesen Sieg nur dadurch errangen, daß sie den Arbeitern die Einführung reduzierter Lohnlisten verschwiegen haben.

Aus den Berliner Gewerkschaften. Der Verband der Lagerhalter beschloß, die Mitglieder zu verpflichten, nicht eher die vorzuliegenden Kontrakte zu unterzeichnen, bis dieselben von der am Ort bestehenden Bezirksleitung mit den Vereinsvorständen einer Prüfung unterzogen sind.

Der Verein der Bauanschläger erhöhte den wöchentlichen Beitrag vom 1. Mai ab auf 35 Pf. Ferner wurde der von der Kommission ausgearbeitete Minimal-Lohnvertrag angenommen und die Finier-Kommission beauftragt, mit der Meisterkommission in Verbindung zu treten.

Deutsches Reich.

Wirkungen der schwarzen Listen. In Friedland i. Mecklenb. streifen schon seit mehreren Monaten die Maurer; einigen von ihnen (etwa 10 Mann) war es gelungen, in Spandau Arbeit zu finden. Auf Veranlassung des Unternehmerbundes wurden diese Maurer jetzt von den Maurermeistern Bastian u. Makowka entlassen.

Zum Streit der Hamburger Kupferschmiede. Die Lohnkommission der streikenden Kupferschmiede hat auf ihr Schreiben an die Arbeitgeber die Antwort erhalten, daß die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises von den Unternehmern abgelehnt werden muß. Der Verband der Unternehmer hat eine schwarze Liste in Umlauf gesetzt, auf der 143 Namen der streikenden Kupferschmiede verzeichnet sind.

Die Feilenhauer in Hamburg sind, um die Abwehr einer Tarifreduktion durchzusetzen, seit einer Woche im Ausstand. Sie bitten den Zugang fernzuzulassen.

Die Arbeiterorganisationen Posen haben beschlossen, daß das ihnen gehörige Tabakgeschäft unter der Firma J. Gogowski wegen der in Nordhausen herrschenden Aussperrung der Tabakarbeiter von dort keinen Tabak mehr beziehen. Es würde angebracht sein, wenn die Arbeiter überall diesem Beispiel folgen und keinen Tabak aus Nordhausen mehr konsumieren würden.

In Koburg befinden sich 130 Maurer im Ausstand. Die Bauherren verweigerten jede Unterhandlung mit den Arbeitern.

Die eiserne Faust in Schulp. Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter in Schulp (Bromberg) hatte eine Sitzung im Versammlungstokal, ein Umstand, der den dortigen Bürgermeister zu argen Schien. Er drohte besteuern, daß er dem Wirt des Versammlungstokals „seine eiserne Hand werde fühlen lassen“. Der Wirt ließ sich auch einschüchtern, zumal ihm persönlich gegenüber der Bürgermeister mit Schankpferd und andern schädlichen Maßnahmen drohte, da die Gewerkschaft socialdemokratisch sei. Der verweist seine „eiserne Faust“ zu gebrauchen!

Die rheinischen Basaltarbeiter sind in eine große Lohnbewegung eingetreten. Es handelt sich um die Betriebe der 1400 Mann beschäftigenden Basalt-Aktiengesellschaft. Die rheinischen Steinarbeiter sind vom Socialismus und von der modernen Gewerkschaftsbewegung so gut wie unberührt. Die von Köln aus vor mehreren Jahren unternommenen Organisationsversuche wurden von der katholischen Geistlichkeit, dem Unternehmertum und den Behörden hintertrieben. Man machte den Arbeitern große Versprechungen, die aber nicht gehalten wurden. Bis jetzt haben von 435 in drei Betrieben beschäftigten Arbeitern 222 die Kündigung eingereicht. Wie sich die Arbeiter in den anderen Basaltbrüchen entscheiden, ist noch nicht bekannt.

Ausland.

Aus New York wird berichtet: In den Vereinigten Staaten, Canada und Mexico hat ein großer Ausstand der Maschinenarbeiter begonnen, der von den Arbeitern aller verwandten Berufsarten unterstützt wird. Die Zahl der Ausständigen wird auf 50 000 Mann geschätzt. Die Arbeiter verlangen neunständigen Arbeitstag, aber mit den gleichen Bezügen, wie sie sie jetzt für zehnstündige Arbeit erhalten.

Sociales.

Dem „Kontraktbruch der landwirtschaftlichen Arbeiter“ will die Landwirtschaftskammer für Westpreußen durch Selbsthilfe entgegenarbeiten, da die Staatshilfe unzulänglich sei. Sie erläßt folgende Bekanntmachung:

„Um dem leider immer mehr sich greifenden Kontraktbruch der landwirtschaftlichen Arbeiter thunlichst entgegenzutreten, wollen wir, da die gesetzlichen Mittel zur Bekämpfung desselben durchaus unzulänglich sind, versuchen, hier durch Selbsthilfe, soweit als möglich, Wandel zu schaffen. Zu diesem Zwecke bitten wir die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in der Provinz die Namen der ihnen einlaufenden Arbeiter unverzüglich unter Beifügung der Personalpapiere und mitzutheilen, ebenso den nachweislichen oder vermutlichen Aufenthaltsort der Betroffenen. Die Namen der Kontraktbrüchigen Arbeiter werden wir dann bekannt machen, um jedem landwirtschaftlichen Arbeitgeber Gelegenheit zu geben, sich bei Annahme von Arbeitern zu vergewissern, ob dieselben etwa kontraktbrüchig geworden sind. Vor allem werden die Arbeitgeber ersucht, Fälle, in denen es sich um eine direkte oder indirekte Verleitung zum Kontraktbruch handelt, unverzüglich hierher mitzutheilen, damit wir dieselben energisch verfolgen können, event. durch öffentliche Nennung des Arbeitgebers, welcher die kontraktbrüchigen Leute angenommen hat. Der geschädigte Arbeitgeber, welcher die Unterstüzung der Kammer anruft, muß zugleich die gesetzlichen Zwangsmittel bei der Polizeibehörde oder den Gerichten oder bei beiden beantragen. Die Kammer wird demselben hierbei mit Rat und That zur Seite stehen. Da die Verjährungsfrist für die Verfolgung des Kontraktbruchs nur auf 14 Tage bemessen ist, so machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß der Strafantrag bei der Behörde sowie die Mitteilung an uns sofort nach erfolgtem Entlassen geboten erscheint. Unter „gesetzlichen Zwangsmitteln“ im Sinne obiger Ausführungen ist auch, falls es sich

um Kontraktbrüche Ausländer handelt, die Beantragung der Ausweisung der Entlaufenen „als lästige gewordene Ausländer“ bei dem zuständigen königlichen Landratsamte zu verfahren.“

Die ausländischen Arbeiter, die Polen, Russen, Galizier, werden mit Vorliebe von den Junkern selbst herangezogen, da sie noch billiger und williger sind, als die von der Kultur doch schon etwas belesenen Landarbeiter des preussischen Ostens. Die Junker werden mit ihrem brutalen Vorgehen natürlich das genaue Gegenteil des Gewollten erreichen. Solche Maßnahmen sind nur geeignet, die Landflucht immer größere Ausdehnung annehmen zu lassen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine öffentliche Frauenversammlung tagte in Wilmsdorf in Wittes Volksgarten. Der Redner, Herr Zubeil, beleuchtete die großen Fortschritte, welche die Frauenbewegung in den letzten Jahren gemacht. Die wissenschaftlichen Versuche haben ihnen, wenngleich zögernd, die Pforten geöffnet. Der Zulauf, welchen die Herztimmen überall finden, erklärt sich zunächst aus der Erleichterung für die Frau, wenn sie die eignen Leiden und die der Kinder einer Frau antretenden kann, aber die andauernde Selbstliebe giebt lebhaftes Zeugnis für die Tüchtigkeit weiblicher Kräfte. Und wo sonst den Frauen eine Thür geöffnet wird, stets findet sich auch eine geeignete Kraft, den neuen Platz auszufüllen — ein Beweis, wie viel Talent und Begabung brach liegt, statt zum Wohl des Volks gelbt zu werden. Auch in technischen Fächern haben sich weibliche Bewerber gefunden und Patente für technische Erfindungen besitzen sie in ansehnlicher Zahl. So ließe sich auch der dringende Wunsch nach einer größeren Zahl von weiblichen Fabrikinspektoren ohne Schwierigkeit erfüllen. Die Zulassung zu den Gewerbeämtern, jetzt abgelehnt, kann auf die Dauer nicht verlagert werden, weil die Frauen auf ihrem Rechte bestehen. Redner schloß mit der Mahnung an die Männer, ihren Frauen jedes Streben nach politischer Bildung zu erleichtern und sich an ihnen gleichgültige Genossinnen zu erziehen. In der Diskussion sprachen einige Frauen im Sinne des Redners. Frau Selle forderte die Wählerinnen und Plätterinnen unter den Anwesenden dringend auf, dem Verband der Wählerinnen beizutreten, welchem sich von Berlin aus auch die südlichen Vororte angegliedert haben. Mit einem Hoch auf die Frauenbewegung und deren Weiterwachsen schloß die Vorsitzende die Versammlung.

Gerichts-Beitrag.

Was alles in den großen Warengeschäften gestohlen werden kann, davon erhält man einen Begriff durch eine Verhandlung, die gestern vor der 131. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Die im Kriminalgerichtgebäude angestellten Hausdiener leuchteten unter der Last der schweren Röcke und Säcke, die sie in den Saal zu tragen hatten. Bald sah der ganze Raum aus wie ein Warenhaus. Spitzen und seidene Wänder türmten sich zu einem großen Haufen auf, der allein einen Wert von mehreren Tausend Mark darstellte. Strümpfe in allen Größen und Farben waren in größerer Anzahl zu finden, als in einem kleinen Geschäft vorrätig zu sein pflegen. Handtäschchen, Portemonnaies, Wärsen, Toilette-Gegenstände und noch viele andre Sachen bedeckten alle im Saal befindlichen Tische und Stühle. Sämtliche Gegenstände sollten von der taubstummen Cigarrenmacher-Frau Marie Fiebelorn, die sich auf der Anklagebank befand, in den Warenhäusern von Wertheim, Jandorf u. a. gestohlen sein. Bei Wertheim war sie schließlich auf der That ergriffen worden. Die Angeklagte, deren Vernehmung mit Hilfe der Taubstummenlehrerin Frau Schenk stattfand, legte ein teilweise Geständnis ab. Sie gab einen eigentümlichen Beweggrund für ihre seit länger als einem Jahre ausgeübte verbrecherische Thätigkeit an. Sie habe ihren Ehemann im Verdacht der Untreue und um ihm Schande zu machen, sei sie zur Diebin geworden und habe gestohlen, so viel sie konnte. Die Angeklagte ist eine Zeilung in der Charité auf ihren Geisteszustand untersucht worden. Der medizinische Sachverständige, Dr. med. Heimeberg, begutachtete, daß die Angeklagte, wie manche Taubstumme, etwas beschränkt sei und an der sogenannten Sammelwut leide, indem sie alle möglichen Sachen, einerlei ob sie dieselben gebrauchen könne oder nicht, aufhäufe. Sie habe selbst in der Charité gestohlen. Es könne aber nicht behauptet werden, daß sie die Diebstähle in einem unzurechnungsfähigen Zustande begangen habe. Staatsanwalt Dr. Aug hielt die Angeklagte für eine Ladendiebin von großer Gemeingefährlichkeit, er beantragte gegen sie ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Ein schlechter Mensch gegen seine Arbeitsgenossen wie gegen seine Arbeitgeber sollte der Polizeimeister Hermann Gasi gewesen sein, der sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I wegen Betrugs zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der bereits mehrfach wegen Betrugs, zuletzt mit 3 Jahren Zuchthaus, verurteilt ist, hatte im despotischen Herbst das Glück, bei der Möbelfabrik von Stern, Seliger u. Co. als Poliermeister mit einem Wochenlohn von 36 M. Wochenlohn angestellt zu werden. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es, die ihm unterstellten Polierer anzunehmen und zu entlassen. Die Firma übertrug ihm auch die Lohnauszahlung, und dies soll der Angeklagte zu argen Veruntreuungen ausgebeutet haben, indem er seinen Chefs zwar den üblichen Lohn von 24 M. wöchentlich für jeden Polier in Rechnung stellte, mit den Arbeitern dagegen einen niedrigeren Satz vereinbarte und den Ueberschuß in seine Tasche steckte. Er soll sich dadurch in einem Zeitraum von fünf Monaten mehrere hundert Mark zu Unrecht erworben haben. Die Beweis-aufnahme fiel zu Ungunsten des Angeklagten aus, der sich damit entschuldigte, daß er den weniger gewandten Arbeitern Nachhülfe-funden erteilt habe, und dies doch nicht umsonst ihm könne. Die Zeugen bestritten dies entschieden. Der Staatsanwalt hielt das Verfahren des Angeklagten für ein so verdammenswertes, daß von der Jubilierung mildernder Umstände keine Rede sein könne; er beantragte gegen ihn ein Jahr drei Monate Zuchthaus, 150 M. Geldstrafe, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht. Das Urteil lautete dem Antrag des Staatsanwalts gemäß.

Das Geldsystem. Wegen unaufrichtiger Wettbewerb war der Kaufmann Klaustein aus der Leipzigerstraße in Berlin angeklagt worden, weil er durch Annoncen in der „Berliner Morgenpost“ und im „Graudenzger Geselligen“ angekündigt hatte, daß man von ihm u. a. acht goldene Damennähren für 2,50 M. ohne Nachzahlung beziehen könne. Seine Geschäftsprinzipien beruhen auf dem sog. Gella- oder Hydrasthem. Davon war aber in den Annoncen nichts gesagt worden. Wer sich nun launisch zeigte, der wurde erst belacht, daß ihm der gewünschte Gegenstand, 8. d. die goldene Damennähre nur 2,50 M. koste, wenn er bei Bekannten u. so und so viel Gutscheine zu 2,50 M. unterbringe, die dann in gleicher Weise verfahren könnten. Die Gutscheine müssen innerhalb 6 Monaten verwertet sein, an denen die Inhaber für das gezahlte Geld sich in dem Bazar etwas anschauen können.

Das Landgericht I der Berufungsinanz verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 M. und führte aus, es komme § 4 des Gesetzes über den unaufrichtigen Wettbewerb zur Anwendung. — Der Angeklagte legte Revision ein und wünschte seine Freisprechung, während der Oberstaatsanwalt am Kammergericht Bedenken gegen das Urteil insofern hatte, als er meinte, § 4 müßte eigentlich auf Grund des Strafgesetzbuchs wegen Veranlassung einer Auspielung (Kotterie) ohne vorherige Genehmigung bestraft werden. Hierfür berief er sich auf eine andre reichsgerichtliche Entscheidung, wonach der Verkauf nach dem Hydrasthem eine Auspielung sei. — Der Strafsenat des Kammergerichts belieh es jedoch unter Verwerfung der Revision des Angeklagten dem Urteil des Landgerichts.

Der Sternberg-Prozess vor dem Reichsgericht. In Leipzig begannen gestern vor dem zweiten Strafsenat unter möglichem Anbrange des Publikums die Revisionsverhandlungen im Prozeß Sternberg; den Vorsitz führt Reichsrat v. Sklow, Sternberg ist nicht erschienen, wohl aber die mitverurteilten Anta Wender, Sternberg vertreten die Rechtsanwälte Fuchs und Leonhard Fried-

mann aus Berlin, die Wender Rechtsanwältin Heinemann-Berlin. Auf Antrag des Reichsanwalts wurde die Öffentlichkeit für die Dauer der ganzen Verhandlung, für welche zwei Tage vorgesehen sind, ausgeschlossen.

Versammlungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Spiritus- und Mineralwasserfabrik von Hermann Meyer u. Co. hatten sich auf Veranlassung ihres Arbeitgebers am Samstag bei Keller, Kopenstr. 29, versammelt, um die Ansicht ihres Chefs über den geplanten „Ausstand“ zu hören. Herr Meyer hielt eine sorgsam ausgearbeitete Vorlesung, in der er die Berechtigung und den Nutzen der Gewerkschaften hervorhob, das heißt der englischen „Lug geleiteten“ Gewerkschaften, dagegen vor den „Herzen von der Socialdemokratie“ warnte, die die Unzufriedenheit unter seinen Arbeitern hervorgerufen hätten. Er rühmte sich selbst als einen sehr humanen Arbeitgeber, sagte, er zahle die höchsten Löhne — Arbeiterinnen 10—12 M., Aufsehern 19 bis 24 M., Arbeitern bis 27 M. —, eine allgemeine Lohnerhöhung könne er nicht eintreten lassen, der Geschäftsgang sei ein sehr schlechter und im Falle eines Streiks oder Boykotts würde er sein Geschäft aufgeben oder es der Socialdemokratie zum Selbstkostenpreis überlassen. Auch die Frauen in den 245 Niederlagen seien nicht schlecht gestellt. Spiritus- und Zuckerring verteuerten die Produktion und dann kämen auch diese Verunreinigungen vor, die Veranlassung zu dem im „Vorwärts“ veröffentlichten Kebers gegeben hätten, von dessen Gesetzwidrigkeit er keine Ahnung gehabt hätte. Auf die Wiedereinstellung des entlassenen Selterwasser-Arbeiters könne er sich unmöglich einlassen, denn der hätte ihn beleidigt. — Der Entlassene soll in einer Versammlung der Arbeiter gesagt haben, Herr Meyer hätte sein Wort betreffs Lohnerhöhung nicht gehalten. Hierfür wurde übrigens in der Versammlung kein Beweis erbracht und der Hinterbringer der Nachricht meldete sich auch nicht.

Als Vertreter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter sprachen Werner und Hoffmann für die Interessen der Arbeiter und wiesen unter anderem darauf hin, daß der nach Meinung des Fabrikanten schlecht geleitete Verband schon ganz bedeutende Vorteile erzielt hätte und besonders auch die Löhne der Arbeiter in sehr vielen Geschäften gebessert seien. Werner erklärte, daß man ja nicht unbedingt auf die geforderten Verbesserungen, sondern eventuell auch mit einer etwas geringeren Aufbesserung zufrieden sein werde.

Nach einer teilweise recht erregten Debatte, in der sich als Vertreter der Interessen der Firma besonders der Vorleser der Selterwasser-Abteilung, Herr Markgraf hervorthat, wurde trotz des Protestes eines großen Teils der Anwesenden über eine Resolution abgestimmt, durch die sich die Arbeiter mit den bisherigen Verhältnissen zufrieden erklären sollten. Dafür stimmten 82; alle übrigen enthielten sich der Stimme, darunter die Aufseher und die Selterwasserarbeiter. Nachdem die letzteren nochmals aufgefordert worden waren, abzustimmen, erklärte ein Selterwasserarbeiter im Namen seiner Kollegen, sie seien mit ihren Löhnen zufrieden, wünschten aber die Wiedereinstellung ihres entlassenen Kollegen. Darauf wollte sich aber Herr Meyer ebenfalls nicht auf die Lohnerhöhungen für die Arbeiterinnen und Aufseher einlassen. — Die Versammlung endete, ohne zu einem bestimmten Resultat geführt zu haben.

Der Unterfängungsverein der Kupferschmiede hielt am 18. Mai eine Versammlung ab. Wie mitgeteilt wurde, werden im hiesigen Arbeitsnachweis der Metallindustriellen Kupferschmiede nach Zwienuende verlangt. Man befürchtet, daß es sich um Umwerbungen nach Hamburg handelt. Es wurde empfohlen, unter keinen Umständen Hamburger Arbeit zu verrichten oder sich nach den Seefahrten anwerben zu lassen. Dagegen wird gewünscht, daß zu den Sammlungen zum Dispositionsfonds Mann für Mann sich beteiligen und mit den Listen des Sonntags im Gewerkschaftshaus, Saal 6, zwischen 10—12 Uhr abgerechnet wird. Da laut Generalversammlungsbefehl der Aufsatz von Hamburg nach Berlin verlegt wurde, erfolgte die Wahl von 4 Mitgliedern, es sind dies Wittenkop, Dummernig, Cassardelli und Labwer. Zum Revisor in die Bilanzverwaltung wurde Kowad, zu Arbeitsvermittlern Weber und Wagner gewählt.

Rixdorf. Am 15. d. M. hielt im Socialdemokratischen Wahlverein Dr. Volkheim einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Lebenshaltung als Kulturträger“. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt, worauf die Mitglieder Prehler, Jäger und Volkmann zu Delegierten der Generalversammlung des Central-Wahlvereins gewählt wurden. Die Abrechnung von der Uebersicht der Uebersicht ergab einen Ueberschuß von 95,10 M. Ein vom Genossen Kurlowich gestellter Antrag, den socialdemokratischen Gastwirten, welche dem hiesigen Gastwirtverein beigetreten sind, den Austritt aus diesem Verein oder aus dem Wahlverein nachzugehen, rief eine äußerst lebhafteste Diskussion hervor, die schließlich durch Annahme eines Antrags auf Uebergang zur Tagesordnung ihren Abschluß fand.

Verein selbständiger Fensterputzer. Sitzung am Dienstag, Wallstraße 31/32.

Noch immer keine Schonzeit für Boyer.

Die die englischen Blätter aus Peking melden, machte Graf Walders Li-Hung-Tschang Mitteilung von einer den regulären chinesischen Truppen durch die Boyer in der Gegend von Tscheng-tung-fu beigebrachten Niederlage und drohte, eine deutsche Truppenabteilung an Ort und Stelle zu senden.

Ferner besagt eine englische Meldung: Vier bis fünfhundert Chinesen haben in der Gegend von Wenan eine Vereinigung gebildet, um die Christen zu verfolgen; vor einer Woche griffen sie Christliche Eingeborene an und verwundeten viele.

Die Entschädigungsfrage.

Der Korrespondent der „Times“, Dr. Morrison, telegraphiert seinem Blatte aus Peking: Die Vertreter der Mächte sind augenblicklich damit beschäftigt, den englischen Vorschlag, betreffend die Zahlung der Indemnität, zu beraten. Der englische Gesandte Satow erkennt in einem Rundschreiben an, daß diese Forderung übertrieben ist und daß eine sofortige Zahlung seitens China mittels einer Anleihe China zum Bankrott treiben würde. Er teilt mit, daß England bereit sei, sich einer Herabminderung der Entschädigung anzuschließen. Bezüglich der Zahlung der festgesetzten Summe von 450 Millionen Taels schlägt Satow vor, China zu erlauben, Schuldcheine auszugeben und mit diesen jeder der in Frage stehenden Mächte die ihr zufallende Summe auszusahlen. Diese Schuldcheine würden auf der Börse eingetragten werden und sollen 4 Proz. abwerfen. Die Tilgung der Schuldcheine müßte in fünf bis sechs Jahren erfolgen. Was die Garantie der Mächte betrifft, so hat der französische Gesandte Bidon erklärt, er habe formale Instruktion von seiner Regierung erhalten, sich der gemeinschaftlichen Gesamtgarantie anzuschließen. Die japanische und die österreichische Regierung stimmen diesen Vorschläge bei, wenn die andern Mächte denselben billigen. Deutschland hat noch keine Erklärung abgegeben, man glaubt jedoch, daß die deutsche Regierung ebenfalls ihre Zustimmung zur Gesamtgarantie geben werde. England und Mexiko sind gegen diesen Vorschlag.

416 Kriegsinvalide

haben nach der Mitteilung des Kriegsministeriums am 19. Mai mit dem Dampfer „Wittelskind“ von Singapur aus ihre Heimreise nach Deutschland angetreten.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Erledigung des türkischen Postkonflikts. Köln, 20. Mai. (W. Z. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Der für türkische Verhältnisse nicht gerade außer-

gewöhnliche Zwischenfall, der durch den Eingriff der türkischen Postbehörden in den Betrieb der internationalen Postanstalten in Konstantinopel durch unbefugte Öffnung der internationalen Postkisten unter Verstärkung der amtlichen Siegel vor etwa acht Tagen eingetreten war und sich durch einige recht auffällige, von den Postbehörden nicht angenommene türkische Noten scharf zugespitzt hatte, kann jetzt als im wesentlichen erledigt angesehen werden. Der Sultan, dem die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den Großmächten besonders am Herzen liegt, hat sich über den Vorfall eingehend unterrichten lassen, und demnach ist den Befehl erteilt, den früheren Zustand im vollen Umfange wieder herzustellen.

Ebenso hat er den Ministern des Aeußeren, Tewfik Pascha, angewiesen, den Postbehörden einen förmlichen Besuch abzustatten und ihnen im Namen des Sultans das Bedauern über diesen Vorfall sowie gleichzeitig die bindige Zustimmung auszusprechen, daß die Wiederkehr eines solchen einseitigen Eingriffs in den internationalen Postbetrieb dauernd verhindert werden solle.

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 20. Mai. (W. Z. B.) Die heute im Abgeordnetenhaus eingebrachte Regierungsvorlage betreffend die Einführung einer Fahrkartensteuer vom Eisenbahn-Personenverkehr setzt für die Hauptbahnen eine Steuer von 12 Proz. des Fahrpreises fest, wogegen die bestehende zweiprozentige Fahrkartengebühr fortfällt. Für Lokalbahnen beträgt die Steuer 6 Prozent, für Kleinbahnen 3 Prozent des Fahrpreises. Die Vorlage bezweckt die Herbeischaffung budgetärer Mittel zur Deduktion mehrerer den Staatskassas belastender teils bereits angenommener, teils von der Gesetzgebung dringend gewünschter Gesetzesvorlagen.

Im Einlaufe befindet sich eine Interpellation Schönerer und Genossen wegen Herstellung eines bundesrechtlichen Verhältnisses zwischen den im Reichsrat vertretenen Ländern ausschließlich Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens einerseits und dem Deutschen Reich andererseits.

Unter den bei den Delegationen eingebrachten Interpellationen befindet sich eine solche des Delegierten Fro, welcher anfragt, ob der Minister des Aeußeren geneigt sei, förmlichste Schritte zur Vermittlung Oesterreich-Ungarns zwischen Großbritannien und den südafrikanischen Freistaaten auf Grund der Haager Friedenskonferenz zu unternehmen. Fro interpelliert ferner wegen des angeblichen Bruchs der Neutralität der Oesterreich-ungarischen Monarchie gegenüber den Boeren.

Englisches Unterhaus.

London, 20. Mai. (W. Z. B.) Der Lordkanzler von Irland Windham teilt mit, daß nach der letzten Volkszählung die Bevölkerung Irlands 4 450 546 Seelen betrage, also gegen 1891 um 5 Prozent abgenommen habe, während die Abnahme von 1881 bis 1891 sich auf 9,03 Prozent belief.

Harwood fragt an, ob die Summe, welche die Mächte von China verlangen, die den Mächten erwachsenen Ausgaben übersteigen und ob die britische Regierung sich nach Kräften bemühen werde, solche Abmachungen betreffend die Zahlung der Summe herbeizuführen, welche für den englisch-chinesischen Handel möglichst wenig nachteilig sein werden.

A. Balfour erwidert, die Summe, welche England von China verlange, gründe sich durchaus auf die wirklich erwachsenen Ausgaben. Ueber die Haltung anderer Mächte in dieser Frage könne er genaue Auskunft nicht geben. Was die in der zweiten Frage angeregte Erwägung betreffe, so halte die Regierung sich dieselbe bei der Entscheidung über die von ihr zu bezugende Politik wohl vor Augen.

Harwood fragt ferner an, ob der Regierung bekannt sei, daß man in Deutschland einen Druck auf die Regierung auszuüben, um eine Erhöhung des Zolls auf Baumwoll-Garne herbeizuführen, sobald der gegenwärtige Vertrag im Jahre 1903 abgelaufen sei, und ob die britische Regierung beabsichtige, Vorstellungen zu machen, um eine solche Erhöhung zu verhindern. Der Handelsminister Gerald Balfour erwidert, ihm sei jene Thatsache allerdings bekannt und ebenso wisse er, welche Nachteile für die Interessen der britischen Baumwollenspinner sich aus einer Erhöhung der deutschen Zölle auf Baumwollengarne ergeben würden. Die Angelegenheit werde gegenwärtig von dem durch das Handelsministerium eingesetzten handelspolitischen Beirat erwogen.

Zu dem Antrage auf zweite Lesung der Finanzbill bringt Sir Henry Fowler (liberal) einen Zusatzantrag ein, welcher erklärt, das Haus sei zwar bereit, für den Heeres- und Flottenbedarf des Reichs angemessene Vorzüge zu treffen, halte aber die Finanzvorläge der Regierung mit Nichtachtung sowohl auf die Besteuerung als die Staatskassen für verwerflich. Dieselben seien geeignet, Handel und Industrie zu schädigen und ließen nicht jene Beschränkung auf Sparsamkeit erkennen, welche die verantwortliche Regierung zur Pflicht mache. Fowler führt aus, er halte das diesjährige Budget für die Feinde der seit 1898 befolgten Finanzpolitik. Die gegenwärtige Regierung habe die Friedensausgabe um mehr als 25 Millionen Pfund Sterling erhöht. Die Verneinerung der Flotte sei zur Erhaltung der britischen Vordemokratie zur See nötig, hingegen sei die Heeresvermehrung unnötig. England brauche nicht mit den großen kriegsfähigen Mächten zu rivalisieren. Ohne den Krieg würde sich im ordentlichen Budget ein Fehlbetrag von 5 Millionen Pfund Sterling ergeben haben. Die Regierung verlange das Friedensdefizit hinter dem Kriegsdéficit. Redner bekämpfte sodann einige der zum Verzicht der Kriegsausgaben gemachten Vorschläge. Der Zusatz soll belaste die arbeitenden Klassen und der Rohwollausfuhrzoll schädige Industrie und Handel des Landes. Der zweite Teil seines Untertrags verfolge hauptsächlich den Zweck, auf die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen hinzuweisen. Die Regierung sollte aus keinem Antrag keine Vertrauensfrage machen. Die Thätigkeit des Parlaments werde zur Folge, wenn die Regierung bei jedem Anlaß auf die Unfehlbarkeit des Parliaments oder die selbstherrliche Gewalt des Jaren Anspruch mache. Nach Pütz ergreift der Schatzkanzler Pütz das Wort zur Erwidern.

Die Lage in Südafrika.

Kapstadt, 20. Mai. Der aus dem Norden hierher zurückgekehrte Specialkorrespondent des „Reuterschen Bureaus“ sagt die militärische Lage wie folgt zusammen: Durch den Vormarsch des Generals Buller im nördlichen Transvaal wurde die Wehrzahl der dortigen Boeren nach Westen getrieben, doch sieht noch eine geringe Anzahl nördlich von Johannesburg. Die meisten dieser verprengten Streikräfte sammeln Delarey um sich; zu ihm fliehen auch eine Anzahl Leute aus der Nachbarschaft von Ermelo. Die Boethas Kommando verließen Delarey organisierte eine geregelte Herbeischaffung aus der Drangefährholmie, doch sind die Tiere meist in schlechter Verfassung. Die Generale Methua und Balington setzen mit Unterstützung kleiner Infanterie-Abteilungen ihre Bewegungen fort. Zum Schutz der Wohnlinien wurde ein neues System von Hochhäusern geschaffen, wodurch über 6000 Mann für die Geschlooperationsen frei werden. In der Drangefährholmie sind die Truppen fast gänzlich bemächtigt, das Land von kämpfenden Boeren zu säubern. Westlich von der Bahnlinie befinden sich einige kleinere unruhigende Abteilungen. Hingegen halten im Süden Herzog und Brand das Land im Vertrauen einzuweichen besetzt. Den letzten Morich De Wetts mit einer Begleitung von vierzig Mann bezeichnet der Korrespondent als eine wundervolle Leistung. Er zog von Orde nordwärts nach Ermelo, dann über die Bahn nach Rillstroom, wandte sich von dort südwestwärts, rastete einige Tage bei Mariboga und ging sodann südlich nach Postof und schließlich nach Philippolis, wo er mit Herzog eine Unterredung gehabt haben soll.

Frankfurt a. M., 20. Mai. (W. Z. B.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Das Komitee für das Auswärtige beauftragte im kubanischen Verfassungskonvent alle amerikanischen Forderungen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. In der heute stattfindenden Versammlung des Wahlvereins spricht Herr Dr. Rudolf Steiner über „Die naturwissenschaftlichen Fortschritte des 19. Jahrhunderts“.

Zweiter Wahlkreis. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Habels Brauerei, Pergamunstr. 57: Generalversammlung des Wahlvereins.

Der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hält heute bei Senzel, Invalidenstr. 1a, eine Versammlung ab, in der Gen. Dr. Wehl über die Frage spricht: „Was haben wir von einer Reform des Krankenversicherungsgesetzes zu verlangen?“

Zur Lokalliste. Wir machen von neuem darauf aufmerksam, daß alle Zusendungen, welche die Lokalliste betreffen, ausschließlich an Karl Scholz, Wrangelstraße 110 parterre, zu adressieren sind.

Reinickendorf. Infolge eines Verfehlers sind die Lokale von Deutschmann und Schneider in Wilhelmstr. an der Nordbahn in der letzten Lokalliste als frei aufgeführt worden.

Die Lokalkommission von Grünau bittet die Parteigenossen von Berlin und Umgebung, an den bevorstehenden Feiertagen, namentlich bei Ausflügen von Vereinen und Gesellschaften, das Arbeiter-Verkehrslokal von Gerke, Köpnickstraße 88, berückichtigen zu wollen.

In Friedrichshelde findet heute 8 1/4 Uhr bei Haberland die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt.

Kokales.

Vom Berliner Konsumvereinswesen.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg hielt am 18. und 19. Mai in Mildersdorf einen Verbandstag ab.

Für die einzelnen Vereine bindende Beschlüsse können in einer solchen aus Delegierten der Vereine bestehenden Versammlung nicht gefaßt werden, die Verbandstage dienen vielmehr dem Zweck, die persönlichen Beziehungen unter den verschiedenen Vereinen aufrecht zu erhalten und durch die gegenseitige Ansprache die Erfahrungen der Vereine auszutauschen und den genossenschaftlichen Geist zu pflegen.

Wemerkenswert ist ferner eine Resolution, die der Verbandstag im Anschluß an eine Besprechung über die eigne Produktion der Mitglieder faßte.

Erwähnenswert von den Verhandlungen scheint uns schließlich noch der Punkt: Besprechung einer Arbeitsordnung. Der anwesende Vertreter des Allgemeinen Verbands der deutschen Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften erstattete ein kurzes Referat, aus dem eine elegische Lage über die Gesetzgebung herauslief.

Die zweiseitigen Verhandlungen zeigten, daß die Berliner Arbeiter, die erst jetzt verhältnismäßig kurzer Zeit in die Genossenschaftsbewegung eingetreten sind, diesen in Berlin etwas vernachlässigten Zweig der Arbeiterbewegung kräftig zu fördern und mit modernem Geiste zu erfüllen bestrebt sind.

Auch ein Stück Mittelalter.

Von Wanjsee aus geht es auf schattigen Waldwege an der Havel der Pfaueninsel entgegen. Der Uferweg ist von zahllosen Stadtfahrern belebt, ab und zu faßt auch ein Automobil klappernd und lauschend vorüber; vollbesetzte Dampfschiffe gleiten auf dem Rücken des Flusses dahin.

dient jetzt vorwiegend zur Beförderung der Scharen von Ausflüglern, die den im Privatbesitz der Krone befindlichen wunderschönen Park auf der Pfaueninsel besuchen wollen.

Die städtische Deputation für die Kanalisation und die Rieselfelder beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einer Resolution, die der Verein der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter in französisch-Buchholz wie den Privatunternehmern so auch der Verwaltung der Rieselfelder überreicht hatte.

Ueber Veruche mit Coalsgrußfeuerung, die auf den Pumpstationen VI, IX und X unternommen worden sind, berichtete Baumeister Pettenborn.

Auf das Fahrrad sind die Kirchenfrommen nicht gut zu sprechen. Alles, was den Menschen auf Erden vorwärts bringt, erweckt ihre natürliche Antipathie.

Die Frommen hätten Fahrrad und Kirche lieber nicht mit einander verquiden sollen. Denn wenn der Synodalbericht im Recht wäre, dann hätten keine Klagen über die angebliche Kirchennot ja noch viel weniger Sinn als jetzt schon.

Zur Milderung der Schulnot in der Rosenhale Vorstadt soll in diesem Stadtteil eine neue Gemeindeschule errichtet werden. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung jedoch eine Vorlage zugehen lassen, in der die Versammlung um ihre Zustimmung zum Ankauf des für die Schule in Aussicht genommenen Grundstücks, Putzenerstraße 3-6, ersucht wird.

Ueber die Verlosung des vorgestrigen freien Sonntags für die Geschäftsleute meldet eine Korrespondenz: Nur wenige Geschäftsleute haben am vorgestrigen Sonntag von der Erlaubnis, ihre Läden bis 6 Uhr abends offen halten zu dürfen, Gebrauch gemacht.

Eine unangenehme Pflingst-Überraschung sieht vielen Hunderten von hiesigen Ladenbesitzern bevor, die in der nächsten Zeit Strafmandate wegen Übertretung des Gesetzes betreffend den Keimruhe-Ladenschluß zu erwarten haben.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind, wie das Polizeipräsidium bekannt macht, zur Auslastung über alle die Gewerbe-Aufsicht betreffenden Angelegenheiten in den Dienstlokale zu den nachbezeichneten Zeiten zu sprechen.

täglich von 1-3 Uhr Gewerbe-Aufsichtsbeamte in den Dienstlokale der Gewerbe-Inspektion anwesend.

Die Bezirke der Gewerbe-Inspektionen für Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf sind wie folgt abgetrennt: 1. Gewerbe-Inspektion Berlin O. (Georgenkirchplatz 21), umfassend die Bezirke der Polizeireviere 1, 2, 6, 12-16, 19-22, 27, 29, 38, 40, 55 und 93.

Sehr großes Vertrauen setzt man in Königsberg i. Pr. anscheinend in die Berliner Polizei. Wie gemeldet wird, sind zur Beihilfe an der Ermittlung in Sachen des geheimnisvollen Franzenmordes mehrere Berliner Kriminalpolizisten nach dort geschickt.

Aus der Herberge des Glucks. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Mai cr. 149 obdachlose Familien mit 436 Personen und 33 Einzelpersonen.

Im Laufe des Monats April wurde das Obdach von 43 410 nächtlich Obdachlosen und zwar von 39 912 Männern und 3498 Frauen benutzt.

Ausweisung als Strafe für die Landflucht. Der Regierungspräsident zu Potsdam macht unter dem 8., 9., 10. und 11. Mai d. J. öffentlich bekannt, daß 32 ausländisch-polnische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen sich von den drei Rittergütern Wendisch-Wilmersdorf, Gnewikow und Werchholz unter Kontraktbruch heimlich von ihrer Arbeitsstelle entfernt haben.

Ob man gar nicht untersucht hat, warum die doch wahrlich nicht allzu wahlrischen Polen sich aus den junkerlichen Gehäuden heimlich entfernt haben?

Stellenvermittlungsschwindel. Ein gefährlicher Schwindler, welcher seine Opfer in den Kreisen der Wirtschaftlerinnen und Hausmädchen zu suchen pflegt, ist in der Person des vielfach vorbestraften ehemaligen Photographen Johannes Döding ermittelt und zur Haft gebracht worden.

Ueber zwei Kasernendramen wird berichtet: Aus Furcht vor Strafe erhängte sich der Grenadier Birski von der 2. Compagnie des Königin-Augusta-Regiments. Der Mann hatte einen Kameraden, dem Grenadier Kiel, eine Drillschade entwendet.

Eine böse Überraschung erlebte am Sonntag die Witwe des Preisers Albinzinski aus der Ritterstr. 2, als sie von der Beerdigung ihres Gatten abends nach Hause kehrte.

Die Ankunftsliste der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur (Bureau Unter den Linden 16, 3 Et.) war in nachdrücklich vor den gewerbmäßigen und raffinierten Wettbewerbern einer Familie Z. aus Niddorf, in denen ständig das angeblich fehlende Schulgeld für den 13-14jährigen Sohn erbeten wird.

Von einem Omnibus ist gestern mittag an der Ede der Oranien- und Mantuffelstraße ein sechsjähriges Mädchen überfahren worden.

Ernung der verstorbenen Feuerwehroffiziere und Mannschaften. Anlässlich des 50jährigen Feuerwehriubiläum wird in pietätvoller Weise auch denjenigen verstorbenen Personen gedacht, die an der Organisation und deren Ausgestaltung in erster Linie thätig gewesen sind.

Der Modellstecher und Hausbesitzer Heinrich Henning aus Mariendorf, der von Wobbe durch zwei Revolverkugeln verwundet wurde, mußte sich gestern, Montag, im Krankenhaus am Urban einem ärztlichen Eingriff unterziehen.

Bei einer Streife, die sie in der vergangenen Nacht in Roskammen machte, fiel der Kriminalpolizei auch ein Verbrecher in die Hände, auf den sie schon lange schauderte, der „Waler-Paul“, ein 24 Jahre alter Waler Paul Koch, der der weitverzweigten Einbrecherbande Schenck, Schmidt und Genossen angehörte.

Peek & Cloppenburg

Neu eröffnetes
Special-Haus.

Gertraudenstr. 26 u. 27, Ecke der Rössstrasse.

Herren- u. Knabenbekleidung
fertig und nach Mass.

**MODERNE FERTIGE ANZÜGE
PALETOTS**
" " "
SCHÜLER- UND KNABEN-KLEIDUNG

in solider Ausführung aus guten
Stoffen u. besten Zuthaten gearbeitet
zu besonders wohlfeilen Preisen.

Verkauf nur gegen Bar zu festen Serlen-Preisen.

16872

In dieser Woche bis 8 1/2 Uhr abends geöffnet.

Zweiggeschäfte in:

Amsterdam
Rotterdam

Haag
Utrecht

Düsseldorf
Groningen

Haarlem
Arnheim

Nymwegen
Leuwarden

Leyden
Breda

Fahrräder! Memelerstr. 48a, Bequeme Teilzahlungen. Carl Röper.

Neue und
gebrauchte
sehr billig.

Memelerstr. 48a,
an der
Königsbergerstrasse.

Bequeme
Teil-
zahlungen.

Carl Röper.

Zum Abchluss von

Einbruch- Diebstahl- Brandversicherungen

empfehlte sich die

**Kölnische Unfall-Versicherungs-
Aktien-Gesellschaft in Köln a. Rh.**

Nähere Auskunft erteilen gerne die Generalvertreter der Gesellschaft
(siehe Band II, Seite 28, im Annoncentheil des Wochenscheins), sowie die
Subdirektionen der Feuerverf. Ges. „Kosmos“, Taubenstraße 30, und der
Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank, Kochstraße 53. 14432*

Gardinen
15000*
Neuheiten, Seeschlösser und
Jugendstil, circa 250 Muster.
Katalog (450 Muster) franco.
Reste von 2-6 Fenster unter Preis.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Weit billiger als jedes andre Hut-Geschäft!
Grösstes Sortiment der Branche!
Eleganter weicher Herrenhut von 1,80 Mark an.
Feiner 2
Gallender, Frühjahrssaison 1901 7
Chapeau-Cloques 8,50
Elegante Strohhüte in sehr großer Auswahl.
Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis. 115002*
Bei Vorzeigung dieses Ausschnitts vergüte ich 4 Prozent.
Alvin Sussmann, Hut-Engros-Geschäft, 39, Holzmarkt-Strasse 39, parterre.

Herren-Anzüge
u. Paletots, eleg. Ausführung, auch
nach Maß, geg. Kaffe u. Teilzahlung.
Landbergerstr. 13,
J. Kurzberg, part. kein Laden.

Maschinen-Anzüge
in allen Größen.
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.
Carl Stier,
7850* Oranienstr. 166.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie
für die Zwecke der Deutschen Schutzgebiete.
16 870 Gewinne Baar ohne Abzug im Betrage von
575,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind:
100,000, 50,000, 25,000, 15,000 Mk. etc.
Loose à 3,30 Mark (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfohlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 191. Filiale: NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 31. Mai u. folg. Tage.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**
empfehlte Einrichtungen von 250 bis 10 000 Mk. 14432*
Anerkannt geübene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen

Charlottenburg!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 1108L*

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Ein Edgrundstück zu verkaufen.
Näheres bei Zimmermann Karl
Welfch, Alt. Ottenide, Grünauer-
straße 19. 6798*

Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 745*

Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Sommerpaletots aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Verkaufshaus
Germansia, Unter den Linden 21 II.

Kleiderstoffe, reinwollene und
seidene, neueste billige Kleiderstoffe
der Kontinentalfabrik, Münzstraße 7.

Kleidungsstücke, Betten, Wäsche,
Hosen, neu und gebraucht, billig bei
Graf, Wiesenstraße 33. 707*

Sportbillig Teppiche, Betten,
Stoppdecken, Gardinen, Sommer-
paletots, Hosen verkauft. Verkaufshaus
Neanderstraße 6. 661*

Gardinen, auch diese, sehr billig,
im Special-Geschäft von Bruno
Gülther, Grüner Weg 80, parterre.
Kein Laden. 6808*

Mauer- u. Holzwerkzeug, Gutgeschäft,
Friedrichstraße 61. (Hausnummer
beachten.) 6692*

Teppiche mit Farbenflecken
Fabrikabfälle Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 745*

Kinderwagen, Sportwagen,
Rennwagen, Boyar Baby, Juwa-
lidenstraße 160, Frankfurterstraße 116,
Oranienstraße 31, Belle Alliance-
straße 107, Reinholdstraße 24, o.
Charlottenburg, Wilhelmsdorferstraße
Str. 56. Teilzahlung gestattet. 6478*

Kinderwagen, gut erhalten, ver-
kauft billig Graf, Charlottenburg,
Sanktstraße 105. 7133*

Kinderportwagen sportbillig,
Andreasstraße 23. 5518*

Fahrräder Teilzahlungen. Klein-
anzug, Halbrennenräder, Touren-
fahrräder, Damenräder. Gebrauchte
35 Mark an. Gesamtunterricht. Repa-
raturen sorgfältig, preiswert. Fahr-
räder werden verleiht. Mailpost-
Industrie, Alexanderstraße fünf und
sechzig, Stallstraße 63. 6362*

Kinderwagen, sportbillig, Andreas-
straße 23. 5538*

Nähmaschinenlager sämtlicher
Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00
Lieferung sofort, auch durch Postkarte.
Louis Vandsberger, Vandsberger-
straße 82. 7150*

Fahrradzubehör! Aufserordent-
lich preiswert. Alexanderstraße fünf-
undvierzig, Stallstraße 63. 6362*

Fahrradteile und Zubehör, billige
Bezugsquelle, Heine, Bräunerstr. 6b.

Nähmaschinen: Krana, Adler,
Kingside, Wasch- und Brin-
gmaschinen auf Teilzahlung, Kolowis,
Brangelstraße 118, Boden. 6002*

Nähmaschinen, Adler, Krana,
Schneidrad, Ringschiff, sowie Wasch-
und Bringmaschinen auf Teilzahlung.
Krieg, Stallstraße 136. 6858*

**Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung** vermittelt Gustav Schmidt,
Solmsstraße 43, Hof Keller. 8575*

Gasfischer! Sparfenne! 1,50,
Zwei-Lochfischer, Drei-Lochfischer 10,-
Gas-Plättchen, Bügeleisen, Gas-
Kocher, 12,-, Wollwä-
schmaschine, 32,-. 1180b*

Kaubenan! Gebraucht und
neues Kantholz, Bretter, Ratten,
Flecken, Türen, Fenster, Dachpappe,
Teer, billig Kottbuser Damm 22.

Kaubenbesser! Sämtliche Bau-
materialien, Dachpappe, Brennholz,
Meter 5 Mark, Widmannstraße 89,
Charlottenburg. 7133*

Sprosser, Nachigallen, Buchfinken,
Stieglitz, Zeisig, Frettchen billig.
Schnelle, Große Frankfurterstraße 15.

Walgmaschinen, biindigend, für
Blutarme, Brustkrank, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Wäsche-
farbe, überraschend, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene.
Nicht Glasanzahl, Qualität ent-
scheidend. Vorterrillerei Ringler
Pernauerstraße 119. 9415*

Stoppdecken billig! Habert Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 745*

Verkauf Rüssel-Kleberstrumpf,
Bestia Spiegel, Stühle, Kunstsch-
nuckel, Nachenstrumpf, Regulator, Schreib-
tisch billig. Verkaufshaus, 6a,
4 Treppen, Koch 6 Uhr. 1427b

Musikwerke, Harmonikas, Pfeif-
löcher, Reparaturwerkstatt, billig,
gut. Verkauf von neuen Instru-
menten. Verteilungsgeschäft Paul Folger,
Weinbergsweg 11a. 14506*

Papagei-Kudwühl, junge, finger-
jahre, sofort fressend, 25 Mark,
Oranienstraße 87. 1374b

Materialwaren-Vorkaufhandlung,
mit Rolle, gutgehend, billige Preise,
keine Brandentennens, wegen Ueber-
nahme einer Stellung anderwärts ver-
kauft billig. Trzschka, Nany-
straße 28. 1433b

Fahrräder, verfallene, Damen-
räder, Rennräder, Halbrenner, nur
Qualitätsräder, den Umständen nach
sportbillig. Verkaufshaus, Neue Schön-
hauserstraße 11. 96/12

Restoration, günstig gelegen,
sollort billig zu verkaufen. Frau
Düwe, Döll, Ober-Schönebeide,
Wilhelmstraße 19. 1438b

Wärselbude, auch zu andern
Zwecken, billig zu verkaufen. Schö-
nhäuser Allee 102, Tischler. 1439b

Kleiderständer 12,00, Kommode 8,00,
Kleiderständer 8,00, Bettstühle mit
Matratze 14,00 verkauft. Fuchs, Wall-
straße 33. 747

Junge Stiere 80 Pfennig, Schwarz-
köpfe, Komme Paar 1,75, Nachtigallen
a 4,50, Weinstock, Wienerstraße 1-6.

Kleiner Kinderwagen, vierradrig,
zu verkaufen. Schneidewitz, Sommer-
straße 32, vom III. 728

Herrenfahrrad, Damenfahrrad
frankfurterstraße 88, Hof rechts parterre. 66/2

Damenrad, Herrenrad, 45,00,
Schädel, Schindstraße 8. 66/3

Fahrrad zu verkaufen. Ringler,
Berlinerstraße 28, Cigarrengeschäft.

Für Uhrmacher! Wanduhren
(Burrin 8x), Drehstuhl, Schraub-
schlüsselmaschine, Planteur, Eingriff-
werkzeug billig zu verkaufen. Ringler,
Berlinerstraße 17, IV, Diebstahl. 1441b

Schneidewitz, Umföndelbälger
muss ich mein in veredelreicher
Gegend Oden besprochen, nachweislich
gangbares Geschäft mit moderner
Einrichtung für 700 Mark verkaufen.
Nichte mit Wohnung 1200 Mark.
Comptoir Holzmarktstraße 40. 7115

Dankagung, Für die zahlreiche
Beteiligung an der Beerdigung
meines lieben Mannes, insbesondere
dem Socialdemokratischen Wohlbereim
Nichtenberg, dem Gefangenen Hoff-
nung, der Central-Krankenkasse der
Fischer, herzlichsten Dank. Witwe
Koch. 7144

Violin, Klavier-Unterricht, Me-
thode Oskar Henning, Konrad-
hanowstr. 10,00, Oranienstraße 118. 1*

Patenanwaltschaft Dammann, Oranien-
straße 57, Moritzplatz. Erfindern
kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallklagen, Invalidenklagen,
Reklamationen fertigt Schulz, Berg-
mannstraße 107. 1089b*

Rechtbüreau, Rechtsfälle, Rat-
erteilung. Andreasstraße Dreißig
schlag. 1314b

Schriftliche Arbeit jeder Art,
Klagen und Gerichtssachen, Steuer-
reklamationen, Briefe, fertigt erfolg-
reich und billig. Franz Wildhaagen,
Christburgstr. 32, Quergebäude III.

Wiederlegikon, Brodhause, Bremen,
Geichtshöcker und alle andern Bücher
belehrt und kauft Hannemann, Koch-
straße 56, Amt 4a 6944. 6842*

Kunststoffererei von Frau Kolodtz
Steinwegstraße 48.

Damenkleider reinigen, färben,
Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark
an. Rotmids Färber, Andreas-
straße 7b parterre, Eisenbahnstraße 18.

H. Dörge, Drobdenstraße 109,
Herren-Garderoben nach Maß, saubere
Arbeit, großes Stofflager. Paletot
30,-, Anzug 30,-, Hose von 5 Mark
an. Teilzahlung gestattet. 5632*

Anfertigung eleganter Herren-
garderobe, Teilzahlung gestattet.
Harcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *

Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Sklow-
straße 66, 2. Hof parterre. 2387b

Verkaus Festfälle und Garten,
Schwedterstraße 23. Sonnabende an
Bereine zu vergeben. 749*

Bereinszimmer, Piano, auch
Sonntags. Hermann Koch, Fas-
munderstraße 10. 7468*

Bereinszimmer, auch passend für
Zahlsche, empfehlte E. Guc, Köm-
bergerstraße 24. 747*

Bereinszimmer, Erdmann, Reichen-
bergerstraße 16. 1077b*

Schönes Bereinszimmer mit
Piano. Rüdigerstraße 14. Anton
Seidler. 728*

Bereinszimmer, neu renoviert,
Grünstraße 21, Weimacht. 6582*

Zahl und Bereinszimmer empfehlte
Jannasch, Inselstraße 10. 6018*

Bereinszimmer Einconstraße 23
Hild. 509K*

„Dyri“, feinste Qualität, hat
kein geschwefeltes Papier; wer genu-
reich rauchen will, raucht Dyri-
Cigaretten. 1440b

Zum Gemäldelehren Lehrling,
Wilhelmsberg, vis-a-vis den Arch-
höfen. Empfehle mein Vokal, Kaffee-
tische, Kegelbahn, Garten. August
Günther. 7146*

Recherhandlung, Stoffe für
Herren, Anabenanzüge, Damen-
jackets, Umhängen, Kleiderstoffe,
Anabenanzüge, Herrenanzüge nach
Maß. Scholz, Grünerweg 81, Spar-
verein Oden. 7145*

Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 1-2 junge
anständige Mädchen, zu vermieten
Pöhlauerstraße 3, parterre. Schröder.

Schlafstellen.
Wallstraße 21/22, Quergebäude
4 Treppen, Curtz, Schlafstelle für
Herren (separat). 1379b*

2 Mädchen finden Wohnung alle
Jacobstraße 70, Hof II, Witwe Suge.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junger Mann sucht Arbeit. Bier-
rend, Wühlstraße 80. 1430b
Suche Waidhellen, Frau 2351e,
Friedrichstraße 16, 1/2 Treppen. 581b

Stellenangebote.
Filialbuch Einleitet auf bessere Ar-
ticle finden dauernd gute Beschäfti-
gung auch bei Wochenlohn Theodor
Simon u. Co., Neue Königstraße 39. *

Wir suchen tüchtige Schriftmaier.
Otto Grund u. Co., Firmenbuch-
druck, Wasserstraße 3. 1420b

Kordmacher auf edle grün ge-
schlagene Arbeit verlangend. Brodmann
senior, Französisch-Buchholz, Haupt-
straße 50, hinter der Kirche. 1434b

Einpader, aber nur solcher,
welcher schon längere Zeit in einer
Goldleihenfabrik thätig war, verlangt
die Goldleihenfabrik Votumstraße 5.

2 tüchtige Bauarbeiter, Paul und
Wertzug verlangt Reich, Bernsdorf.

Arbeiter Werkmeister für leichte
Gegenstandsarbeiten gesucht.
Küche, Teichstraße 50. 1444b

Näherinnen, vorherrschend auf
besseren Stoff, Sportboden, sucht
E. Kant, Neue Friedrichstraße 22.

Zu Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorzuheben
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Privat-Lithograph
für Vertikal-Arbeiten gesucht.
Melungen sub P. 6 an die
Expedition dieses Blatts.

Achtung! Holzarbeiter.
In der Tischlerei von Weise,
Koselstraße 28, haben die Kollegen
wegen Lohnhöherungen die Arbeit
niedergelegt. 813*

Zugang ist streng fernzuhalten.
Die Crösberverwaltung.

Achtung, Tischler!
In der Holzmanufaktur Fabrik von
Koch u. Pinn, Schulstr. 21, haben
sämtliche Tischler wegen Lohnhöhen die
Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern-
zuhalten. 81/18

Die Crösberverwaltung
des Holzarbeiter-Verbands.